

Die Auswirkungen der "Hinwendung nach Asien" auf das transatlantische Verhältnis: aus US- amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank- Publikationen des Jahres 2012

Banki, Jakob; Rytz, Henriette

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Banki, J., & Rytz, H. (2013). *Die Auswirkungen der "Hinwendung nach Asien" auf das transatlantische Verhältnis: aus US-amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen des Jahres 2012*. (SWP-Zeitschriftenschau, 02/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-359252>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Auswirkungen der »Hinwendung nach Asien« auf das transatlantische Verhältnis

Aus US-amerikanischen Fachzeitschriften und Think-Tank-Publikationen des Jahres 2012

Henriette Rytz / Jakob Banki

Der Aufstieg großer Schwellenländer, allen voran Chinas, verschiebt die Machtverhältnisse im internationalen System. Die Obama-Administration hat darauf mit einem strategischen »Schwenk« nach Asien reagiert, der in Europa Verunsicherung hervorruft und die Sorge nährt, die transatlantische Partnerschaft könne an Bedeutung verlieren. Die Neuausrichtung auf den Pazifik bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Abkehr vom Atlantik. Viele Expertinnen und Experten in den USA sind sogar der Meinung, dass die Machtverschiebungen nicht weniger, sondern mehr Kooperation zwischen Europa und den USA erforderten.

Aufstrebende Schwellenländer haben nicht nur einen immer größeren Anteil am Welt-handel, sie gewinnen auch, beispielsweise im Rahmen der G20, zunehmend an Einfluss in der internationalen Politik. Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen ihr Aufstieg haben wird, ist insbesondere in der Region Asien-Pazifik noch nicht abzusehen. Washington hat auf die Veränderungen mit einer strategischen Hinwendung nach Asien reagiert, dem sogenannten »pivot to Asia«. Präsident Barack Obama untermauert sein Selbstverständnis als »pazifischer Präsident« in einem »pazifischen Jahrhundert« mit konkreten Maßnahmen wie den Verhandlungen über eine transpazifische Wirtschaftspartnerschaft und einer Verstärkung der militärischen Präsenz der USA im asiatisch-pazifischen Raum.

Die im Folgenden vorgestellten US-amerikanischen Zeitschriftenaufsätze und Think-Tank-Publikationen des Jahres 2012 setzen sich mit der Frage auseinander, wie sich der Aufstieg neuer Mächte und der »pivot to Asia« auf das europäisch-amerikanische Verhältnis auswirken könnten. Außerdem stellen sie Überlegungen zur Diskussion, welche Schritte notwendig wären, um die transatlantische Partnerschaft an die neue Machtbalance im internationalen System anzupassen.

Das transatlantische Verhältnis auf dem Prüfstand

Die Einschätzungen darüber, in welcher Verfassung sich die Beziehung zwischen

Europa und den USA gegenwärtig befinden, fallen sehr unterschiedlich aus. Die Spannweite reicht von der Meinung, die Bindung zwischen den Partnern dies- und jenseits des Nordatlantiks sei unverändert eng, bis zu der Auffassung, die Beziehungen steckten in einer schweren Krise. Die meisten Analysen haben eine optimistische Note, einzelne Autoren bewerten die aktuelle Situation jedoch überaus negativ. Dabei lassen sich die Vertreter einer optimistischen Einschätzung dem Lager der überzeugten Transatlantiker zuordnen, jene einer eher pessimistischen Auffassung dem Lager der sicherheitspolitischen Realisten.

Wenig bekümmert über das aktuelle Verhältnis zwischen Europa und den USA zeigt sich **Daniel Hamilton**, einer der bekanntesten Transatlantiker in Washington. Der Leiter des Center for Transatlantic Relations an der Johns Hopkins University in Washington möchte mit seinem Artikel europäische Ängste zerstreuen, der Schwenk zur Asien-Pazifik-Region gehe mit einer Abwertung der transatlantischen Partnerschaft einher. Hamilton argumentiert, dass die USA bislang nur begrenzte Ressourcen für den »pivot« eingesetzt hätten. Zudem handle es sich eher um eine Abwendung von Irak und Afghanistan, nicht aber von Europa. Die transatlantische Kooperation diene vielmehr als Vorbild für eine neue Form der Zusammenarbeit mit der Asien-Pazifik-Region, welche die USA anstrebten.

Statt sich ausgegrenzt zu fühlen, sollten die Europäer Washingtons Neuausrichtung auf Asien als Chance nutzen, die transatlantische Zusammenarbeit zu intensivieren. Denn die USA wünschten ein starkes Europa, das sich gemeinsam mit ihnen den Machtverschiebungen im internationalen System und anderen globalen Herausforderungen stelle, etwa dem Klimaschutz und der Erschließung neuer Energiequellen. Die Mehrheit der Regierungsvertreter in Washington plädiere dafür, sich *zusammen* mit den europäischen Verbündeten Asien zuzuwenden.

Hamilton ist überzeugt, dass Europa ein sehr wichtiger Partner Washingtons bleibt.

Denn nach wie vor seien die beiden durch ein starkes Wertegerüst und handfeste Interessen verbunden.

Steven Philip Kramer, Professor für Grand Strategy an der National Defense University in Washington, vertritt in einem Artikel der Zeitschrift *Washington Quarterly* eine andere These. Seiner Ansicht nach haben die transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert ihre Grundlage weitgehend eingebüßt. Diese habe ihm zufolge aus gemeinsamen Sicherheitsinteressen bestanden; Werte erwähnt er nicht.

Eine enge transatlantische Sicherheitspartnerschaft sei einer von drei Pfeilern für die Ordnung im Europa der Nachkriegszeit gewesen (die anderen beiden Pfeiler waren der Wohlfahrtsstaat und die europäische Integration). Seit dem Untergang der Sowjetunion gebe es für die Alte Welt jedoch keine existentielle militärische Bedrohung mehr. Europa verstehe sich nun – mit Ausnahme der Militärmächte Großbritannien und Frankreich – als eine »große Schweiz«.

Eine Partnerschaft mit den USA, die in erster Linie auf Sicherheit und Verteidigung beruhe, habe für die Alte Welt an Bedeutung verloren. Umgekehrt schwinde mit der strategischen Hinwendung nach Asien das Interesse der USA an Europa.

2003 habe die transatlantische Sicherheitspartnerschaft im Zuge der Auseinandersetzungen über den Irakkrieg schon einmal kurz vor dem Zerreißen gestanden. Damals sei das durch den Kalten Krieg geprägte Bündnis beinahe mit einem »lauten Knall« gesprengt worden, so Kramer. Nun scheine sich dieses Relikt des Kalten Krieges nahezu geräuschlos aufzulösen.

Jakub J. Grygiel, Professor an der Johns Hopkins University in Washington, ist der Ansicht, das transatlantische Verhältnis besitze für die USA keinen Wert mehr. In einem Artikel der Zeitschrift *Orbis*, die vom Foreign Policy Research Institute in Philadelphia herausgegeben wird, sieht er die Abkehr der USA von Europa als notwendige Voraussetzung für die Hinwendung zum Pazifik an.

Die Europäische Union (EU) durchlaufe derzeit nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle, sondern auch eine politische Krise. Das Projekt eines europäischen Binnenmarkts und einer gemeinsamen Währung gründete aus seiner Sicht auf der Illusion, dass aus seiner Verwirklichung eine gemeinsame europäische Identität erwachsen würde. Nun sei diese Illusion zerplatzt, was die EU in eine tiefe existentielle Krise gestürzt habe.

Die Wurzeln dieser Krise reichten indes weiter zurück. Das erste von drei Europas, die Grygiel definiert, sei die im Christentum verankerte europäische Zivilisation. Diese werde jedoch bereits seit dem 18. Jahrhundert durch einen rationalistischen Zugang zur Politik ebenso zerstört wie durch bürokratische Strukturen, zuletzt durch die Schaffung der EU. Dem aus diesem Prozess hervorgegangenen zweiten, bürokratischen Europa mangle es an Rückhalt in der Bevölkerung, was sich beispielsweise in der geringen Beteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament zeige. Das dritte, wirtschaftspolitisch definierte Europa, die Eurozone, sei vom Kollaps bedroht.

Je schwächer die EU sei, desto weniger kohärent trete sie in der internationalen Politik auf. Da Berlin, nicht Brüssel die politische Führungsrolle in der EU übernommen habe, wüchsen zudem die EU-internen Spannungen. Denn nur ein Teil der Mitgliedstaaten sei einverstanden mit der herausgehobenen Stellung Deutschlands. Darüber hinaus fehle es der Europäischen Union an einer außen- und sicherheitspolitischen Vision – und dementsprechend auch an dem Willen, Kapazitäten für eine eigenständige Verteidigung aufzubauen.

Sollte das europäische Projekt scheitern, wäre dies laut Grygiel auch ein Scheitern der USA. Denn die Schaffung von Frieden und Wohlstand in Europa sei nicht der europäischen Integration zu verdanken, sondern der US-amerikanischen Präsenz auf dem Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg.

Daraus ergebe sich die ungebrochene Verpflichtung für die USA, sich auch in

Zukunft in Europa zu engagieren. Die EU sei ohne Unterstützung aus Washington nicht in der Lage, für die Sicherheit und innere Stabilität Europas zu sorgen. Solange aber Ressourcen der Neuen Welt in der darauf angewiesenen Alten Welt gebunden seien, stünden sie den USA für den Schwenk nach Asien nur in eingeschränktem Umfang zur Verfügung.

Neue Wege für die transatlantische Kooperation

Die positive Einschätzung Hamiltons, die internationalen Machtverschiebungen seien eine Chance und keine Gefahr für die transatlantische Partnerschaft, wird von der Mehrheit der Autoren der hier referierten Beiträge geteilt. Diese Chance wird aber nicht nur in der sicherheitspolitischen Dimension der Beziehungen gesehen, sondern auch in der wirtschaftspolitischen. Vor allem aber sei nach wie vor eine enge Zusammenarbeit erforderlich, um den Fortbestand der liberalen Weltordnung zu sichern.

Eine starke Nato mit neuen Partnern

Ein Autorenteam unter der Leitung von **R. Nicholas Burns**, ehemaliger Nato-Botschafter der USA und derzeit Professor für Internationale Politik an der Harvard University, fordert in einem Bericht des Atlantic Council eine engere transatlantische Kooperation in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Die Nato sei nach wie vor jene Institution, die Europa und die USA am meisten zusammenhalte, so Burns und seine beiden Co-Autoren Damon Wilson und Jeff Lightfoot. Kein anderer Zusammenschluss von Staaten vereinige so viele Demokratien oder weise mehr militärische Macht und Wirtschaftskraft auf. Die Nato werde daher auch in Zeiten »aufsteigender Schwellenländer sowie von Wertekonflikten, Krisen öffentlicher Haushalte und globalen Bedrohungen« ihren Wert behalten.

Damit das Bündnis handlungsfähig bleibe, müssten die USA jedoch ihre militärische und diplomatische Präsenz in Europa aufrechterhalten. Auch wenn die USA ihren Fokus stärker auf Asien und den Nahen und Mittleren Osten legten, sollten sie eine führende Macht auf dem europäischen Kontinent bleiben.

Durch Schaffung eines transatlantischen Binnenmarkts, der alle Nato- und EU-Mitglieder einbeziehe, könnten die USA europäische Sorgen zerstreuen, der »pivot to Asia« gehe auf Kosten der transatlantischen Partnerschaft. Der Binnenmarkt solle neben der sicherheitspolitischen Kooperation in der Nato zum zweiten Pfeiler der transatlantischen Gemeinschaft werden.

Auch die Autoren dieses Berichts fordern Washington auf, seine europäischen Partner in die Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum einzubinden. Eine Möglichkeit wäre, die atlantischen und pazifischen Alliierten der USA in einer Pazifischen Friedenspartnerschaft zusammenzuführen (*Pacific Peace Partnership*).

Im Zuge dessen würde die Nato ihre Beziehungen zu Staaten vertiefen, die wichtige transatlantische Werte teilen, beispielsweise zu Australien, Neuseeland, Südkorea, Japan und Singapur. Eine engere Anbindung an diese Staaten würde die Allianz auf künftige sicherheitspolitische Herausforderungen in der Region vorbereiten. Zudem könnten die USA auf diese Weise die Multilateralisierung ihrer Sicherheitspartnerschaften vorantreiben, während die europäischen Partner die Möglichkeit hätten, ihre Kapazitäten an die veränderten globalen Machtverhältnisse anzupassen.

Im Unterschied zu China und Russland hätten die USA das Privileg, auf ein weitverzweigtes Netzwerk verbündeter Staaten zurückgreifen zu können. Washington solle seine Verbündeten – nicht nur in Asien, sondern auch im Nahen Osten und Nordafrika – eng an sich binden und zu stärkerem Engagement ermuntern, so die Autoren.

Der Türkei, dem einzigen aufstrebenden Schwellenland innerhalb der Nato, sollte

mehr Verantwortung innerhalb der Allianz zugewiesen werden, damit diese ihren Einfluss im Nahen und Mittleren Osten sowie im Norden Afrikas absichern könne. So wäre es etwa an der Zeit, einen türkischen Nato-Generalsekretär zu ernennen.

Der Fortbestand der liberalen Ordnung

Auch **Stephen F. Szabo**, Leiter der Transatlantic Academy des German Marshall Fund in Washington, plädiert für ein Zusammenrücken des »Westens« – gemeint sind Europa und die USA – als Reaktion auf den »pivot«.

Noch deutlicher als die Autoren des Atlantic-Council-Berichts betont Szabo das gemeinsame Wertegerüst Europas und der USA, das sie nicht bloß zu Partnern, sondern sogar zu einer »Wertegemeinschaft« mache. Die aufsteigenden Mächte verbinde hingegen lediglich die Tatsache ihres wirtschaftlichen Aufstiegs; Werte und Interessen teilten sie kaum.

Die normative Grundlage des transatlantischen Verhältnisses werde umso bedeutender, als seine Sicherheitsdimension und konkret die Nato derzeit an Relevanz verliere. Szabo spricht sich in der Konsequenz dafür aus, den Handlungsradius des Militärbündnisses wieder auf ein rein regionales Maß zu beschränken.

Doch selbst wenn militärische Kooperation weniger relevant werde, erforderten neue transnationale Bedrohungen und Herausforderungen eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Terrorismusbekämpfung und in der Energie- und Klimapolitik. Dementsprechend weist Szabo Forderungen zurück, die USA sollten ihre Partnerschaft mit Europa künftig als eine »Partnerschaft unter vielen« behandeln.

Nach Szabos Ansicht schließt die Hinwendung nach Asien implizit eine Abkehr von Europa ein. Die Folgen sieht er als dramatisch an – die USA würden damit die Staatengemeinschaft in eine orientierungslose »post-westliche Unordnung« stürzen.

Der Autor ruft Washington vor diesem Hintergrund dazu auf, die transatlantische Partnerschaft wieder stärker als Wertegemeinschaft zu verstehen. Die Obama-Administration müsse ihren Schwenk nach Asien durch einen neuen »pivot« nach Europa ergänzen. Nur so könne der Westen Kern der globalen Ordnung bleiben.

Die These, der Fortbestand der liberalen Ordnung liege in den Händen der transatlantischen Partner, teilt auch **Kurt Volker**, ehemaliger Botschafter der USA bei der Nato und nun Senior Fellow am Atlantic Council und Center for Transatlantic Relations. In seinem Artikel in der Zeitschrift *Policy Review* der libertären Hoover Institution stellt Volker die These auf, rasante globale Veränderungen des letzten Jahrzehnts gefährdeten das westliche Wertegerüst. Zu diesen Veränderungen zählt er neben dem Aufstieg großer Schwellenländer beispielsweise auch die nuklearen Ambitionen Irans, den zunehmenden Autoritarismus in Russland unter Wladimir Putin und die internationale Finanzkrise. Diese Entwicklungen würden verschiedenen »Ismen« Auftrieb geben, wie gewalttätigem Extremismus, autoritärem Kapitalismus und Neomerkantilismus. Konkret ist Volker beispielsweise besorgt über Pekings Aufrüstung.

Doch genau aus diesen Bedrohungen leitet er eine neue Raison d'être der transatlantischen Partnerschaft ab. Wollten die USA sicherstellen, dass das internationale System auch in fünfzehn bis zwanzig Jahren noch auf westlichen Werten basiere, dürften sie Europa nicht als »Relikt der Vergangenheit« verstehen. Washington brauche Europa, um aufsteigende Mächte und Regionen in die bestehende liberale Ordnung hinreichend zu integrieren und die demokratischen und marktwirtschaftlichen Grundpfeiler des internationalen Systems zu bewahren.

Die Hinwendung nach Asien dürfe darum nicht gleichbedeutend sein mit einer Abkehr von Europa. Die USA sollten ihre alte Partnerschaft mit Europa vielmehr in neue globale Koalitionen einbinden.

Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass Europa und die USA ihre Unterschiede ausblendeten und sich auf ihre kulturellen Gemeinsamkeiten konzentrierten. Zwar gelte noch immer Robert Kagans kontroverse These aus der Zeit des transatlantischen Zerwürfnisses über den Irakkrieg, die zwei Partner würden sich in grundlegenden Wesenszügen unterscheiden. Während der »Sheriff« USA risikofreudig sei, notfalls auch zur Waffe greife und allein handele, sei der »Kneipenwirt« Europa darauf bedacht, gewaltförmige Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Doch stellen diese Unterschiede nach Volkers Auffassung kein unüberwindbares Hindernis für die Kooperation dar. Sie verdeutlichten lediglich die Notwendigkeit, dass die Partner dies- und jenseits des Nordatlantiks klar und ehrlich miteinander kommunizieren.

Transatlantische Eindämmung der Industriemacht China

Der Ökonom **Thomas I. Palley** befasst sich in seinem Aufsatz für den links-liberalen Think Tank New America Foundation mit dem Aufstieg Chinas. Dabei teilt er die Sorge anderer Autoren um die Zukunft der liberalen Ordnung, fokussiert seine Analyse aber auf wirtschaftliche Aspekte.

Der wachsende internationale Einfluss Chinas destabilisiere die liberale Ausrichtung der Weltwirtschaftsordnung. Erschwerend komme hinzu, dass die Volksrepublik die USA und Europa gegeneinander ausspiele.

Angesichts von Handelsdefiziten, Haushaltskrisen und der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland würden Europa und die USA zunehmend zu Verlierern der Globalisierung. China hingegen sei Hauptnutznießer einer immer enger verzahnten Weltwirtschaft.

Europäische und US-amerikanische Unternehmen reagierten auf diese Entwicklung mit einem starken Interesse an Geschäften im vermeintlichen »Traummarkt«.

Das ostasiatische Land öffne aber diesen Markt westlichen Firmen teilweise nur unter der Bedingung, dass sie ihre Produktion nach China verlagern und Technologie transferieren.

Damit stünden Europa und die USA vor einem Dilemma: Sollte sich eine Seite weigern, unter diesen Bedingungen Geschäfte mit China zu machen, würde es der anderen Seite einen Marktvorteil einräumen. Aus Angst, ins Hintertreffen zu geraten, gingen beide auf die chinesischen Forderungen ein.

Diese Machtspiele hätten gravierende Folgen. Denn bislang fungierten Europa und die USA zusammen als Garanten für den Aufbau und die Bewahrung der liberalen Weltwirtschaftsordnung. Diese werde aber nur unter Mühen aufrechtzuerhalten sein, wenn der chinesische Einfluss auf der internationalen Ebene zusehends wachse, während der europäische weiter schwinde.

Der einzige Ausweg aus dieser unvorteilhaften Konkurrenzsituation besteht laut Palley in einer engeren transatlantischen Zusammenarbeit. Solange Europa und die USA nicht fähig oder willens seien, ihre Politik gegenüber Peking zu koordinieren, würden sie von der chinesischen »Industriemacht« wie bisher gegeneinander ausgespielt – und somit zulassen, dass China ihr Verhältnis weiter schwäche und die liberale Weltwirtschaftsordnung gefährde.

Hohe Anpassungsfähigkeit der transatlantischen Partnerschaft

Obleich der Wunsch nach einer Fortsetzung der gemeinsamen Führungsrolle in der Welt groß ist, sind sich die Autorinnen und Autoren uneins, wie stabil die transatlantische Partnerschaft künftig sein wird. Der Blick in die Vergangenheit zeigt immerhin, dass sich die Partnerschaft als überaus belastbar erwiesen hat.

Entsprechend gelassen gibt sich **Charles A. Kupchan**, Professor für Internationale Beziehungen an der Georgetown University, in einem Artikel, der wie der Aufsatz

Volkers im *Policy Review* der Hoover Institution erschienen ist. Der Untergang der transatlantischen Partnerschaft sei bereits mehrfach prophezeit worden. Bewahrheitet hätten sich die Prognosen allerdings nie, denn die Schwarzmalerei würden das Durchhaltevermögen der beiden Partner massiv unterschätzen.

Nicht einmal das vermehrte Interesse der USA an einer Kooperation mit China und anderen Schwellenländern habe der Partnerschaft geschadet – gemeinsame Werte und Interessen hielten sie auch weiterhin zusammen. Letztlich blieben die USA und Europa auch deshalb engste Verbündete, weil sie schlichtweg keine tragfähigen Alternativen hätten.

Dennoch sieht auch Kupchan Grund zur Sorge. Die USA seien ebenso wie die Mitgliedstaaten der EU im jeweils eigenen Land mit großen politischen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert – ihm zufolge derzeit die größte Herausforderung für das transatlantische Verhältnis. Während in den USA anhaltende politische Blockaden notwendige wirtschaftliche Reformen verhinderten, gefährdeten die EU-Mitgliedstaaten das Projekt der europäischen Integration, indem sie zunehmend ihre nationalen Eigeninteressen verfolgten.

Geschwächt durch die Folgen der Globalisierung, seien Europa und die USA nun gemeinsam gezwungen, auf die internationalen Machtverschiebungen zu reagieren. Statt sich in Isolation zu begeben und von Egoismus leiten zu lassen, sollten sie auf Engagement und Zusammenarbeit setzen.

Optimistisch stimmt auch Kupchan die große Schnittmenge der Interessen und Ziele von Alter und Neuer Welt. Um diese gemeinsam zu verfolgen, müssten Europa und die USA aber ihre inneren Krisen überwinden. Nur dann verfügten sie auch über die nötigen Mittel.

Maria G. Cowles und **Michelle Egan**, Professorinnen an der School of International Service der American University, stützen sich bei ihrem Ausblick in die Zukunft dagegen auf eine nüchterne Analyse, in der Werte keine Rolle spielen.

Betrachte man die Geschichte der transatlantischen Beziehungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges, werde deutlich, dass es nie ein »goldenes Zeitalter« gegeben habe. Die Partnerschaft sei von Anfang an durch Konflikt und Asymmetrie geprägt worden. Gleichzeitig habe sie sich aber als belastbar und dauerhaft erwiesen.

Auch die von Präsident Obama entschieden vorangetriebene Hinwendung der USA nach Asien stelle keine ernsthafte Gefahr für die Beziehungen dar. Sie erinnere an Initiativen früherer Präsidenten: etwa an die Annäherung der USA an die Volksrepublik China unter Richard Nixon 1972 oder an Bill Clintons Bemühungen um ein nordamerikanisches Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko (NAFTA) und eine vertiefte Zusammenarbeit mit pazifisch-asiatischen Staaten im Rahmen der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) in den 1990er Jahren.

Die Vereinigten Staaten hätten damals wie heute lediglich ihre Interessen in anderen Teilen der Welt verfolgt – komplementär, nicht alternativ zur Kooperation mit den Europäern. Dass das transatlantische Verhältnis nun die Herausforderung des »pivot to Asia« zu bewältigen habe, sei keine Zäsur in den Beziehungen, sondern eine Fortsetzung der Vergangenheit.

Fazit

Der Überblick über die Debatte macht deutlich, dass sich die Teilnehmer bei einer Beobachtung einig sind: Die internationalen Machtverschiebungen, insbesondere der Aufstieg Chinas, setzen die transatlantischen Partner unter Handlungsdruck. Ihr relativer Verlust an Macht im internationalen System zwingt Europa und die USA, die Relevanz und Inhalte ihrer Partnerschaft zu überdenken. Die strategische Hinwendung der USA nach Asien bietet den Aufhänger für viele Beiträge zu diesem Thema.

Die Analysen und Handlungsempfehlungen US-amerikanischer Beobachterinnen und Beobachter unterscheiden sich in den

referierten Beiträgen allerdings je nachdem, ob sie das transatlantische Verhältnis als Werte- oder als Sicherheitsgemeinschaft wahrnehmen. Auch wenn in manchen Texten beide Wahrnehmungen kombiniert werden, sind passionierte »Transatlantiker« im Allgemeinen Verfechter der Wertegemeinschaft, »Sicherheitspolitiker« der realistischen Schule Verfechter der Sicherheitsgemeinschaft.

Unterschiede in der Wertschätzung der europäisch-amerikanischen Beziehungen zeigen sich bereits in der Wortwahl. Während die Transatlantiker meist von einer »Partnerschaft« reden, nutzen Realisten nüchternere Begriffe wie »Verhältnis« oder schlicht »Beziehungen«.

Die Gruppe der Transatlantiker dominiert klar die Debatte. Sie befürchten, der »pivot to Asia« sei gleichbedeutend mit einer Abkehr von Europa. Ungeachtet der optimistischen Sprache offenbart sich in ihren Beiträgen eine große Sorge um das europäisch-amerikanische Verhältnis. Statt passiv zu verharren, treten die Transatlantiker die »Flucht nach vorne« an und fordern mehr statt weniger Kooperation zwischen den Akteuren auf beiden Seiten des Atlantiks. Diese Forderungen bleiben häufig jedoch unspezifisch und gehen über Allgemeinplätze kaum hinaus.

Als Vertreter der These einer europäisch-amerikanischen Wertegemeinschaft sind die Transatlantiker der Meinung, der Aufstieg neuer Mächte gefährde die liberale Ordnung, die auf Demokratie und Marktwirtschaft als Grundprinzipien basiere. Diese Bedrohung stürze das transatlantische Verhältnis in eine Krise, hätten Europa und die USA nach dem Zweiten Weltkrieg doch gemeinsam die liberale Ordnung geschaffen und über Jahrzehnte hinweg erhalten.

Die Transatlantiker rufen Europa und die USA vor diesem Hintergrund dazu auf, wieder enger zusammenzurücken, um den Fortbestand der liberalen Ordnung zu sichern. Eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen durch mehr transatlantischen Freihandel ist eine ihrer wenigen konkreten Forderungen.

Im deutlich kleineren Lager der »Sicherheitspolitiker« gibt die Betonung der Sicherheitsinteressen hingegen Anlass zu nüchternen Einschätzungen der Partnerschaft. Ihnen zufolge steckt das transatlantische Verhältnis in einer tiefen Krise. Die Nato verliere an Bedeutung, nachdem Europa nicht mehr bedroht sei. Der Schwenk von Europa nach Asien sei eine angemessene Reaktion auf die veränderte Konstellation des internationalen Systems.

Der prononcierteste Verfechter dieses Standpunkts sieht in Europa sogar eine Hürde für das internationale Engagement der USA. Die Bindung von Militärressourcen für die transatlantische Verteidigung hindere Washington daran, den »pivot to Asia« konsequent zu vollziehen.

Besprochene Aufsätze

Burns, R. Nicholas et al., *Anchoring the Alliance*, Washington, D.C.: Atlantic Council, 13.6.2012, <www.acus.org/files/publication_pdfs/403/051412_ACUS_Burns_AnchoringAlliance.pdf> (eingesehen am 21.2.2013).

Cowles, Maria G./Egan, Michelle, *The Evolution of the Transatlantic Partnership*, September 2012 (Transworld Working Paper 03), <www.iai.it/pdf/Transworld/TW_WP_03.pdf> (eingesehen am 21.2.2013).

Grygiel, Jakub J., »The Faulty Logic of the European Union & Its Consequences for the United States«, in: *Orbis*, 56 (September 2012) 4, S. 517–529, <www.sciencedirect.com/science/article/pii/S003043871200052X> (eingesehen am 21.2.2013).

Hamilton, Daniel, *US-EU Relations during Obama's Second Term*, Washington, D.C.: The SAIS Center for Transatlantic Relations, November 2012, <<http://transatlantic.sais-jhu.edu/publications/articles/us%20eu%20relations%20obama%20second%20term.pdf>> (eingesehen am 21.2.2013).

Kramer, Steven Philip, »The Return of History in Europe«, in: *The Washington Quarterly*, 35 (Herbst 2012) 4, S. 81–91, <<http://csis.org/files/publication/twq12FallKramer.pdf>> (eingesehen am 21.2.2013).

Kupchan, Charles A., »A Still-Strong Alliance«, in: *Policy Review*, (April–Mai 2012) 172, S. 59–70, <www.hoover.org/publications/policy-review/article/111956> (eingesehen am 21.2.2013).

Palley, Thomas I., *The Economic and Geopolitical Implications of China-Centric Globalization*, Washington, D.C.: New America Foundation, 8.2.2012, <http://newamerica.net/sites/newamerica.net/files/policydocs/Palley%20China-Centric%20Globalization_1.pdf> (eingesehen am 21.2.2013).

Szabo, Stephen F., *The Pacific Pivot and the West*, Washington, D.C.: German Marshall Fund of the United States, 19.3.2012, <www.gmfus.org/wp-content/blogs.dir/1/files_mf/szabo_pacificpivot_bf12.pdf> (eingesehen am 21.2.2013).

Volker, Kurt, »Reaffirming Transatlantic Unity«, in: *Policy Review*, (April–Mai 2012) 172, <www.hoover.org/publications/policy-review/article/112246> (eingesehen am 21.2.2013).

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380